

„Nähe zu einer fundamentalistischen Position“

Münsteraner Sozialethiker Gabriel verweist auf Schwächen der Papst-Enzyklika

Münster, 1. September 2009 (exc) Der Münsteraner Sozialethiker und Soziologe Prof. Dr. Karl Gabriel wirft der ersten Sozialenzyklika von Papst Benedikt XVI. vor, sozialwissenschaftlich nicht auf der Höhe der Zeit zu argumentieren und in die Nähe einer fundamentalistischen Position zu geraten. „Die Begriffe und Konzepte, die der Papst zum Begreifen der gegenwärtigen Weltsituation anbietet, bleiben in einem Maße unpräzise und unterkomplex, dass sie in Widerspruch zu seinen Absichten geraten“, schreibt Gabriel in einem Beitrag für die Homepage www.religion-und-politik.de des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ der Westfälischen Wilhelms-Universität (WWU). „Der wissenschaftliche Kenntnisstand der Sozialwissenschaften zu Globalisierung und Entwicklung wird über weite Strecken außer Acht gelassen.“

Ein Konflikt zwischen Moral und Sozialwissenschaften könne sich für die Kirche ebenso verhängnisvoll auswirken „wie zu Zeiten Galileis der Konflikt zwischen Glauben und Naturwissenschaft“, so der Forscher. Davor habe bereits der Sozialethiker Walter Kerber mit Blick auf die Entwicklungszyklika Johannes Paul II. von 1987 gewarnt. „Benedikt XVI. gibt nun noch mehr Anlass zu Befürchtungen dieser Art“, unterstreicht Prof. Dr. Gabriel.

Eine weitere Schwäche der Enzyklika "Caritas in veritate" (Liebe in Wahrheit) sieht der Sozialethiker in der ethischen Argumentation des Kirchenoberhauptes. Der Papst umgehe die Tatsache, dass die katholische Kirche nur noch eine von vielen Religionen im globalen Weltanschauungsmarkt darstelle. Er verweise dazu ausgerechnet auf das Naturrecht, „als dessen Kritiker er sich als junger Theologe einst einen Namen gemacht hatte und auf das er sich noch im Gespräch mit Habermas aus guten Gründen nicht stützen mochte“. Dass Benedikt XVI. die Politik auffordere, seine eigene Konzeption von „Liebe in der Wahrheit“ zur Unterscheidung der Religionen heranzuziehen, bringe ihn „selbst in die Nähe einer fundamentalistischen Position.“

Die Enzyklika war Anfang Juli in Politik, Kirchen, Medien und Wirtschaft auf positive Resonanz gestoßen, weil der Papst darin mehr Moral und soziale Gerechtigkeit angesichts der Wirtschaftskrise fordert. Die erste deutschsprachige Auflage aus dem Augsburger Sankt Ulrich Verlag ist ausverkauft, eine zweite gedruckt. Weitere Verlage wollen das Lehrschreiben im Herbst veröffentlichen.

Der Beitrag von Prof. Dr. Gabriel trägt den Titel „Konflikt zwischen Moral und Sozialwissenschaften - Über Stärken und Schwächen der Sozialzyklika von Papst Benedikt XVI.“ und findet sich auf der Homepage des Exzellenzclusters unter „Aktuelles“ in der Rubrik Gastbeiträge. Der Forschungsverbund bietet auf der Website regelmäßig exklusive Beiträge seiner 150 WissenschaftlerInnen, in denen sie über ihre Arbeit berichten oder zu einem aktuellen Thema Stellung beziehen. (vvm)

Gastbeiträge auf den Seiten des Exzellenzclusters:

www.uni-muenster.de/Religion-und-Politik/aktuelles/gastbeitraege

Prof. Dr. Karl Gabriel auf den Seiten der Universität Münster: http://egora.uni-muenster.de/fb2/ics/sp_auto_33459.cfm

Kontakt:

Viola van Melis

Zentrum für Wissenschaftskommunikation
des Exzellenzclusters "Religion und Politik"

Johannisstraße 1-4

48143 Münster

Tel.: 0251/83-23376

Fax: 0251/83-23246

religionundpolitik@uni-muenster.de

www.religion-und-politik.de

„Religion und Politik“ - Der Exzellenzcluster der WWU Münster

Im Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster forschen gut 150 WissenschaftlerInnen aus 18 geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen und elf Ländern. Sie untersuchen das komplexe Verhältnis zwischen Religion und Politik von der Antike bis zur Gegenwart und von Lateinamerika über Europa bis in die arabische Welt. Es ist der bundesweit größte Forschungsverbund dieser Art und von den deutschlandweit 37 Exzellenzclustern der einzige zum Thema Religionen. Bund und Länder fördern das Vorhaben im Rahmen der Exzellenzinitiative bis 2012 mit 37 Millionen Euro.